S 8 U 202/00

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Bayerisches Landessozialgericht

2

Sachgebiet Unfallversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 8 U 202/00 Datum 30.08.2002

2. Instanz

Aktenzeichen L 2 U 342/02 Datum 12.05.2004

3. Instanz

Datum -

- I. Die Berufung gegen das Urteil des Sozialgerichts Landshut vom 30. August 2002 wird zur $\tilde{A}^{1}\!\!/_{\!\!4}$ ckgewiesen.
- II. Au̸ergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Die Parteien streiten um die EntschĤdigung für die Folgen eines Arbeitsunfalles, den der Kläger am 05.02.1986 erlitten hatte. Wegen der bereits gewährten Entschädigung für die Folgen einer Berufskrankheit reicht für den geltend gemachten Anspruch auf Verletztenrente eine unfallbedingte MdE um 10 v.H. aus.

Der Kl \tilde{A} μ ger erlitt bei dem besagten Arbeitsunfall eine Kniegelenksdistorsion rechts mit Reizerguss. Nach dem Ende der unfallbedingten Arbeitsunf \tilde{A} μ higkeit erging kein Bescheid \tilde{A} μ ber die Gew \tilde{A} μ hrung einer Verletztenrente, eine solche wurde auch nicht geltend gemacht.

Am 19.05.1999 machte der Kläger eine Reihe von Gesundheitsstörungen als durch seine beruflichen Tätigkeiten verursacht geltend. Bezüglich des rechten

Knies machte er eine Verschlimmerung oder eine Folgekrankheit durch extreme Belastungen bezüglich seiner Dienstreisen und Baustellen- und Montagearbeiten geltend.

Der von der Beklagten als SachverstĤndige gehĶrte Chirurg Dr.G. kam in seinem Gutachten vom 25.01.2000 zu dem Ergebnis, die Minderung der ErwerbsfĤhigkeit seit Wegfall der ArbeitsunfĤhigkeit sei auf unter 10 v.H. einzuschĤtzen. Bei der Untersuchung war die Beweglichkeit beider Knie mit 0-0-135° beidseits frei und ohne Schmerzangabe.

Die nunmehr geklagten Beschwerden im rechten Kniegelenk könnten nicht auf das Unfallereignis vom 25.02.1986 zurückgeführt werden. Es laufe vielmehr hier eine Retropatellararthrose ab, die in geringerem MaÃ∏e auch links nachweisbar sei. Gegenüber der linken Seite auffällig zunehmende degenerative Veränderungen lieÃ∏en sich auch röntgenologisch auf der rechten Seite nicht nachweisen. Am 05.02.1986 sei es zu einer Distorsion des rechten Kniegelenkes mit Ausbildung eines Reizergusses (serös, klar) gekommen, ohne dass ein Kniebinnenschaden habe nachgewiesen werden können. Auch die Arthrographieuntersuchung habe keine Verletzung der Menisci gezeigt. Es sei in der Folge von einer guten Ausheilung der Distorsion auszugehen und die nachfolgenden Beschwerden grÃ⅓ndeten sich auf die schicksalsmäÃ∏ig ablaufende Chondropathia patellae.

Mit Bescheid vom 24.02.2000 erkannte die Beklagte den Unfall als Arbeitsunfall an, lehnte jedoch die Gew \tilde{A} ¤hrung von Verletztenrente ab. Den anschlie \tilde{A} \square enden Widerspruch wies sie mit Widerspruchsbescheid vom 12.07.2000 als unbegr \tilde{A} 1 /4ndet zur \tilde{A} 1 /4ck.

Im anschlieà enden Klageverfahren hat der Klà zer die Gewà zhrung von Verletztenrente beantragt.

In den vom Sozialgericht angeforderten Befundberichten der behandelnden ̸rzte ist nicht von Beschwerden im rechten Knie die Rede.

Das Sozialgericht hat ein Gutachten des Chirurgen Dr.L. vom 12.11.2001 eingeholt. Der Sachverständige kommt zu dem Ergebnis, als Folge des Unfalls sei es zu einer Distorsionsverletzung des rechten Kniegelenkes und einer leichtgradigen Ã□berdehnung des vorderen Kreuzbandes gekommen. Als Folge des Unfalls finde sich eine klinisch zu vernachlässigende Lockerung des vorderen Kreuzbandes des rechten Kniegelenkes bei freier Funktion und ohne Rotationsinstabilität. Die Kniegelenksbeweglichkeit war beidseits mit 0-0-140° gemessen worden. Beurteilt nach den allgemeinen Erfahrungssätzen der gesetzlichen Unfallversicherung könne die MdE bezüglich der Unfallfolgen mit kleiner als 10 v.H. veranschlagt werden. Dies gelte rückblickend auch auf den Zeitpunkt des Wegfalls der unfallbedingten Arbeitsunfähigkeit. Der Sachverständige erläutert sodann sämtliche ärztlichen Befunde und Stellungnahmen seit dem Unfall und die vom Klägerbevollmächtigten geltend gemachten Gesichtspunkte.

Auf Antrag des KIägers nach § 109 SGG hat das Sozialgericht ein Gutachten von

dem OrthopĤden Dr.S. vom 16.05.2000 eingeholt. Die Beweglichkeit im rechten Kniegelenk war danach von einer freien BeugefÄxhigkeit von 135°, jedoch mit endgradiger Schmerzangabe und mit einem Streckdefizit von 5° rechts gekennzeichnet. Zu den Unfallfolgen fļhrt der SachverstĤndige aus, dass beim KlĤger eine Rotationsverletzung des rechten Kniegelenkes passiert sei. In ̸bereinstimmung mit Dr.L. stehe fest, dass es zu einer Elongation des vorderen Kreuzbandes gekommen sei, aber auch zu einer vermehrten Degeneration der Meniskusanteile und zu einem Anriss am Ansatz des Au̸enbandes. Eine Arthrographie sei nach dem Unfall durchgefýhrt worden, habe jedoch keine Meniskusverletzung gezeigt. Bekannt sei jedoch, dass vielfach Arthrographien falsche Aussagen erbracht hÄxtten, weshalb sie unter anderem auch heute nicht mehr durchgeführt würden. Die Frage des Gerichts, ob die vom SachverstĤndigen angenommenen Unfallfolgen durch den Unfall verschlimmert worden seien, beantwortet der SachverstĤndige damit, dass durch den Unfall die Beschwerden vielmehr hervorgerufen seien. Die unfallbedingte MdE sei ab dem Wegfall der unfallbedingten ArbeitsunfÄxhigkeit zum 28.04.1986 mit 10 v.H. einzuschĤtzen.

Zusätzlich zu der bereits als Unfallfolge anerkannten Verstauchung des rechten Kniegelenkes hat die Beklagte eine Ã \Box berdehnung des vorderen Kreuzbandes im rechten Kniegelenk als Unfallfolge anerkannt. Im Ã \Box brigen hat die Beklagte ausgefÃ 1 /4hrt, eine BegrÃ 1 /4ndung durch Dr.S. dafÃ 1 /4r, dass der Unfall zu einer Degeneration der Menikusanteile und zu einem Anriss am Ansatz des AuÃ \Box enbandes gefÃ 1 /4hrt habe, sei nicht ersichtlich.

Mit Urteil vom 30.08.2002 hat das Sozialgericht die Klage als unbegründet abgewiesen. Es hat sich in der Urteilsbegründung auf das Gutachten des Sachverständigen Dr.L. gestýtzt. Danach hat der Kläger bei dem Unfall eine Distorsionsverletzung des rechten Kniegelenkes und eine leichtgradige ̸berdehnung des vorderen Kreuzbandes erlitten, als dessen Folge sich derzeit eine klinisch zu vernachlÄxssigende Lockerung des vorderen Kreuzbandes des rechten Kniegelenkes bei freier Funktion nachweisen lieA\; eine RotationsinstabilitÃxt sei bei der Untersuchung durch Dr.L. nicht objektivbar gewesen. Bei stabilen SeitenbandverhÄxltnissen habe sich aus einer leichtergradigen Nachgiebigkeit des vorderen Kreuzbandes weder ein positives Lachmannzeichen noch ein Pivot-Shift feststellen lassen. Dieser fA¼r die MdE-Bewertung maà gebliche, klinisch-funktionelle Befund werde letztlich auch in dem von Dr.S. erstellten Gutachten bestÃxtigt, denn auÃ∏er einer leichten Innenseitenbandelongation rechts und einer Elongation des vorderen Kreuzbandes rechts hÃxtten sich aus diesem Befund ebenso wenig Anhaltspunkte für eine InstabilitÃxt des rechten Kniegelenkes entnehmen lassen wie aus den im Verwaltungsverfahren und den im gerichtlichen Verfahren beigezogenen Unterlagen.

Eine MdE messbaren Grades lasse sich somit unter Berücksichtigung der in der gesetzlichen Unfallversicherung geltenden MaÃ□stäbe nicht rechtfertigen. Eine MdE von wenigstens 10% setze im Bereich des Kniegelenkes beispielsweise eine Restbeweglichkeit von 0-0-120° voraus. Derart vergleichbare

FunktionseinschrĤnkungen seien weder aus den von Dr.L. noch von Dr.S. erhobenen Befunden ersichtlich. Soweit Dr.S. eine vermehrte Degeneration der Meniskusanteile und einen Anriss am Ansatz des AuÄ□enbandes anführe, sei dies zum einen insoweit unbeachtlich, als der funktionelle Befund für die MdE-Bewertung von Bedeutung sei; zum anderen aber lieÃ□en sich aus den zahlreich vorliegenden Unterlagen entsprechende Initialbefunde, die für eine traumatisch bedingte Kniebinnenverletzung zu fordern wären, nicht nachweisen. Insoweit stützt sich die gerichtliche Beweiswürdigung auf das Gutachten des Sachverständigen Dr.L â□¦

Mit seiner Berufung verfolgt der KlĤger sein Begehren weiter.

Er macht unter anderem geltend, es bestünden begründete Zweifel, ob der Sachverständige Dr.L. überhaupt den Pivot- Shift-Test durchgeführt habe, denn dieser sei im Liegen vorzunehmen, und er, der Kläger, habe sich geweigert sich auf die Untersuchungsliege zu legen.

Dr.S. habe nachvollziehbar nachgewiesen, dass es bei dem Unfall nicht nur zu einer Ä berdehnung des vorderen Kreuzbandes im rechten Kniegelenk gekommen sei, sondern auch zu einer hierdurch bedingten Degeneration der Meniskusanteile und zu einem Anriss am Ansatz des AuÄ enbandes des rechten Kniegelenkes. Dr.L. habe in seinem Gutachten nur das Kernspin des rechten Kniegelenkes vom April 1999 sowie RÄ ntgenaufnahmen vom Oktober 1998 bewertet. Dr.S. habe dahingegen auch Kernspintomogramme von 1988 und 2001 ausgewertet. Die BerufungsbegrÄ hudung enthÄ alt darÄ ber hinaus noch eine grÄ nere Zahl von Einzelstellungnahmen zu medizinischen Befunden und deren Bewertung.

Der Kläager beantragt, das Urteil des Sozialgerichts Landshut vom 30.08.2002 aufzuheben und die Beklagte unter Aufhebung ihres Bescheides vom 24.02.2000 in Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 12.07.2000 zu verurteilen, den Arbeitsunfall vom 05.02.1986 durch Zahlung einer Verletztenrente zu entschäadigen, hilfsweise ein weiteres Äarztliches Gutachten auf orthopäadischem Fachgebiet einzuholen zu der Frage, ob durch den Arbeitsunfall auch Band- und Meniskusschäadigungen verursacht wurden, die zusammen mit den bereits anerkannten Unfallfolgen eine MdE von 10 v.H. bedingen.

Die Beklagte beantragt, die Berufung zurļckzuweisen.

Zum Verfahren beigezogen und Gegenstand der mýndlichen Verhandlung waren die Akten der Beklagten und die Akten des Sozialgerichts Landshut in den vorangegangenen Klageverfahren. Auf ihren Inhalt wird ergänzend Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Die vom KlĤger form- und fristgerecht eingelegte Berufung ist zulĤssig; eine BeschrĤnkung der Berufung nach <u>§ 144 SGG</u> besteht nicht.

Die Berufung ist jedoch nicht begründet.

Der Senat weist die Berufung aus den Gr \tilde{A}^{1} /4nden des angefochtenen Urteils des Sozialgerichts Landshut zur \tilde{A}^{1} /4ck und sieht nach $\frac{\hat{A}\S 153 \text{ Abs.} 2 \text{ SGG}}{153 \text{ Abs.} 2 \text{ SGG}}$ von einer weiteren Darstellung der Entscheidungsgr \tilde{A}^{1} /4nde ab.

Die Einwendungen des KlĤgers hiergegen greifen nicht durch. Die in eine Vielzahl von Einzelheiten gehenden Ausfļhrungen des KlĤgers zu dem medizinischen Beweisergebnis sind von keinerlei Ĥrztlicher Fachkenntnis gestÃ⅓tzt. Insoweit liegt das ins Einzelne gehende Gutachten des Sachverständigen Dr.L. vor, dem das Sozialgericht auch nach Ã□berzeugung des Senats zu Recht gefolgt ist. Es kann dahingestellt bleiben, ob der Kläger zu Recht geltend macht, der Sachverständige Dr.L. habe den Pivot-Shift-Test in Wahrheit nicht ausgefÃ⅓hrt. Nach der vom Kläger vorgelegten medizinischen Fachliteratur handelt es sich um einen so genannten Dreh-Rutsch-Test bei vorderem Kreuzbandriss. Insoweit sind die vom Sozialgericht gehörten Sachverständigen zu der von der Beklagten sodann anerkannten Elongation des vorderen Kreuzbandes als Unfallfolge gekommen und zu keinem Untersuchungsergebnis, das weitergehende Unfallfolgen indizieren wÃ⅓rde.

Bezýqlich der Auswertung der den Sachverständigen Dr.L. gleichermaÃ□en wie Dr.S. vorliegenden ärztlichen Vorbefunde und Aufnahmen kann der Kritik des Klägers nicht gefolgt werden. Gerade der Sachverständige Dr.S. äuÃ□ert sich abfällig Ã⅓ber die Tatsache, dass Dr.L. die gesamte Vordiagnostik kritisch abhandele, indem er sie in einer ausfÃ⅓hrlichen Abhandlung im Einzelnen infrage stelle. Ein Unterschied im Ergebnis der beiden genannten Sachverständigengutachten bestehlt lediglich darin, dass Dr.S. den Unfall als auch ursächlich fÃ⅓r eine vermehrte Degeneration der Meniskusanteile sieht (nicht wie in der BerufungsbegrÃ⅓ndung die Degeneration der Meniskusanteile selbst) und fÃ⅓r einen Anriss am Ansatz des AuÃ□enbandes. Zu beiden Gesichtspunkten hat der Sachverständige Dr.L. ausfÃ⅓hrliche, nachvollziehbare und Ã⅓berzeugende AusfÃ⅓hrungen gemacht, warum ein solcher Ursachenzusammenhang nicht besteht. Eine BegrÃ⅓ndung der anders lautenden Einschätzung enthält das Gutachten des Sachverständigen Dr.S. auch nicht ansatzweise.

Darüber hinaus enthält das Gutachten des Sachverständigen Dr.S. keinerlei Begrþndung für die Annahme einer unfallbedingten MdE um 10 v.H., am wenigsten für die Zeit ab 28.04. 1986, für die bis zum Jahre 1999 keinerlei für eine Funktionsbeurteilung tauglichen Feststellungen vorhanden sind. Das Sozialgericht weist zu Recht auf die in der gesetzlichen Unfallversicherung geltenden BewertungsmaÃ□stäbe bei Funktionsbeeinträchtigungen des Kniegelenkes hin und führt zutreffend aus, dass auch die von Dr.S. festgestellten Behinderungen deutlich von Verhältnissen entfernt sind, mit denen eine MdE um 10 v.H. begrþndet werden könnte.

Dem weiteren Beweisantrag des KlĤgers war nicht stattzugeben. Die in diesem Antrag als beweiserheblich genannten Fragen sind von dem SachverstĤndigen Dr.L. so beantwortet worden, dass darauf eine gerichtliche Entscheidung gestļtzt

werden konnte. Damit besteht kein Grund f $\tilde{A}^{1/4}$ r die Einholung eines weiteren \tilde{A} zrztlichen Gutachtens auf orthop \tilde{A} zdischem Fachgebiet.

Die Berufung hat deshalb keinen Erfolg.

Die Entscheidung $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ber die Kosten st $\tilde{A}^{1}/_{4}$ tzt sich auf $\frac{\hat{A}\S 193 \ SGG}{4}$ und folgt der Erw \tilde{A} zgung, dass der Kl \tilde{A} zger in beiden Rechtsz $\tilde{A}^{1}/_{4}$ gen nicht obsiegt hat.

 $Gr\tilde{A}\frac{1}{4}$ nde f $\tilde{A}\frac{1}{4}$ r die Zulassung der Revision nach $\frac{\hat{A}\S 160 \text{ Abs.2 Nrn.}}{1}$ und $\frac{2 \text{ SGG}}{1}$ liegen nicht vor.

Erstellt am: 20.09.2004

Zuletzt verändert am: 22.12.2024